

Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Washington

POLITISCHE BERICHTERSTATTUNG
JULI 2003

Unbekannt ins Präsidentenamt?

Neun Demokraten bewerben sich um die Nachfolge von
George W. Bush

Franz Josef Reuter
Kristin Vorpahl

Washington am 7. Juli 2003

Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Washington
20005 Massachusetts Avenue, NW
Washington, DC 20036
USA

Tel. 202-9869460
Fax. 202-986-9458
info@kasusa.org
<http://www.kasusa.org>
<http://www.kas.de>

Unbekannt ins Präsidentenamt?

Neun Demokraten bewerben sich um die Nachfolge von George W. Bush

von Kristin Vorpahl

Viele Journalisten machen sich einen Spaß daraus: Bewaffnet mit den Portraitfotos der mittlerweile neun Demokraten, die sich um die Nominierung ihrer Partei zum Präsidentschaftskandidaten für die Wahl 2004 bewerben, begeben sie sich in eine bevölkerte Shopping-Mall. Dort zeigen sie vorbeilaufenden Einkäufern die Fotos und versuchen, den Bekanntheitsgrad der potenziellen Kandidaten herauszufinden. Das Ergebnis ist ernüchternd und stimmt mit weitangelegten Umfragen überein. An Joseph Lieberman, den Senator aus Connecticut, erinnern sich einige. Schließlich hatte Al Gore ihn als sein Running Mate auserkoren. Aber die Nachricht, dass Lieberman nun selbst die Präsidentschaft anvisiert, hat die Bevölkerung noch nicht überall erreicht. Hochwürden Al Sharpton kennen die meisten als exzentrischen Bürgerrechtler aus New York, der gerne in die Fußstapfen von Martin Luther King jr. treten würde. Dass er auch seinem Freund und Kollegen Jesse Jackson nacheifern will, der sich 1984 und 1988 um die Präsidentschaft beworben hatte, wissen außerhalb des New Yorker Stadtteils Harlem nur wenige. Noch weniger bekannt sind die Senatoren John Kerry (Massachusetts), John Edwards (North Carolina) und Bob Graham, die Abgeordneten Richard Gephardt (Missouri) und Dennis Kucinich (Ohio), die frühere Senatorin Carol Moseley Braun (Illinois) und der ehemalige Gouverneur Howard Dean (Vermont).

Seit jeher eilt den Demokraten der Ruf voraus, den verschiedensten politischen Ambitionen eine Plattform zu bieten – weit ausgeprägter noch als die Republikaner. Die neun Bewerber um die Nominierung eint Moseley Braun zufolge jedoch vor allem eines: 2004 die Nachfolge George W. Bushs anzutreten. Kein einfaches Unterfangen. Der Präsident erfreut sich trotz der ungünstigen Wirtschaftslage in den USA und den wachsenden öffentlichen Zweifeln am Irak-Krieges großer Popularität. An einem Abend nimmt der Amtsinhaber oft dreimal so viele Spendengelder ein wie die meisten demokratischen Kandidaten bislang insgesamt. Unermüdlich laufen die Demokraten schon jetzt auf der so genannten „Gummi-Hähnchen-Rennstrecke“ um die Wette und versuchen, ihre Anhänger bei vielen zünftigen Geflügelessen zum Spenden zu bewegen.

Schließlich hat das Wahlkampfbudget bis auf wenige Ausnahmen¹ noch immer den Ausschlag gegeben, wen die Partei letztlich nominiert. Gilt diese Daumenregel auch für die Konvention der Demokraten Ende Juli 2004 in Boston, dann liegt der ausgebildete Strafverteidiger John Edwards mit \$7,4 Mio vorne – dicht gefolgt von John Kerry mit \$7 Mio. Howard Dean hat das Internet als Goldmine für sich entdeckt und konnte bis Juli ins Spitzenfeld aufrücken. Die Wahlkampfkonten der weiteren Kandidaten sind weit weniger gefüllt.

Die Themen

Geht es mit der Wirtschaft in den USA weiterhin bergab, dann wären die Demokraten mit einem Revival von Bill Clintons „It’s the Economy, Stupid!“ bestens beraten. Doch noch regieren Heimatschutz und Irak-Krieg die amerikanische Agenda. Und auch die Wirtschaftspolitik hat die Bush-Administration mit ihren Steuerplänen monopolisiert. Jetzt, ein Jahr vor der Nominierung, geht es für die Demokraten vor allem darum, sich entlang der Linien von fünf Themen zu positionieren: Verteidigung, Gesundheitssystem, Steuersenkungen, zivile Freiheiten und Freihandel (siehe Übersicht). Kein Demokrat, so die allgemeine Auffassung unter Beobachtern hier, kann gegen Bush gewinnen ohne einen unfehlbaren Plan zur Heimatverteidigung in der Angebotsliste. Als besonders glaubwürdig gilt John Kerry. Der hochgewachsene Senator aus Massachusetts bringt Kampferfahrung als Kommandeur eines Navy-Patrolboots aus Vietnam mit, für die er mit hohen militärischen Würden dekoriert wurde. Später, noch vor Ende des Vietnam-Kriegs wechselte Kerry die Seiten und wurde zum ausgesprochenen Gegner dieser jahrelangen Schlacht. Seit FDRs „New Deal“, Lyndon B. Johnsons „Great Society“ und Bill und Hillary Clintons Versuch einer „Gesundheitsreform“, die alle Amerikaner mit einer Krankenversicherung ausstatten wollte, ist das Gesundheitssystem zum Spielball der Politik geworden. Dennis Kucinich ist allerdings der einzige Bewerber, der die universelle Krankenversicherung ins Zentrum seiner Politik gestellt hat. Schwer haben es die Demokraten, den Wählern ihren Widerstand gegen die milliarden schweren Steuersenkungen des Präsidenten zu erklären. Zwar kommen diese Steuersenkungen Bushs wichtigsten Anhängern, den Geringverdienern und der Mittelklasse nicht in

¹ Z.B. Senator Gramm, Republikaner aus Texas, im Jahr 1995-1996.

besonderem Ausmaß zugute. Doch Steuersenkungen haben immer einen angenehmen Beigeschmack. Das merken auch die Demokraten und propagieren deshalb Kompromisse, die ebenfalls Steuersenkungen verheißen. Die Bedeutung ziviler Freiheiten ist seit 9/11 umstritten. Die Verabschiedung des *PATRIOT Acts* – des Anti-Terror-Gesetzes – im Oktober 2001 erregt Widerstand gegen die harschen Eingriffe in die Privatsphäre der Bürger, die dem Staat nun erlaubt sind. Nun meinen einige Bewerber, dass, obwohl sie den *PATRIOT Act* bei Erlass unterstützt hätten, zu überlegen sei, wie dieses Gesetz besser mit bürgerlichen Rechten vereinbaren ließe. Ob Freihandel oder Protektionismus – hieran scheiden sich alle Gemüter, ganz abhängig davon, welchem Wahlkreis sie verantwortlich sind.

Die Kandidaten

Ebenso wie Amtsinhaber Bush stammt John Kerry, 59, aus gutsituierten Verhältnissen. Er passt damit genau in die Ostküstengesellschaft, mit der sich Bush nie hat identifizieren wollen. Kerry hat eine bruchlose politische Karriere durchlaufen; 1982 gewann er die Wahl zum stellvertretenden Gouverneur von Massachusetts; zwei Jahre später wechselte er in den Senat. Geld regiert den Wahlkampf und so vergessen die amerikanischen Medien selten Kerrys Ehe mit Theresa Heinz. Sie ist die Witwe des Ketchup-Milliardärs und republikanischen Senators für Pennsylvania, John Heinz. Kerry schloss zunächst nicht aus, privates Vermögen im Wahlkampf einzusetzen. Vor einigen Wochen lenkte er ein; das Geld seiner Frau will er nun unangetastet lassen. Außerdem: Vor einigen Monaten fand Kerry heraus, dass er mütterlicherseits jüdisch ist. Gerade mit Blick auf Joe Lieberman sehen Beobachter dies als strategisch wichtiges Moment an.²

Senator Joe Lieberman, 61, gilt als „Handtaschen“-Republikaner aus Connecticut. Liebermans Kandidatur beginnt wie der Abschluss seiner politischen Karriere. Doch trotz seines orthodoxen jüdischen Glaubens und seiner Bekanntheit als Al Gores *Running Mate* bleiben die Spenden für den Falken aus. 1998 warf Lieberman für die Verabschiedung des *Iraq Liberation Acts* sein gesamtes politisches Gewicht in die Waagschale. Außerdem gilt er als Clinton-Kritiker.

² Bis auf John F. Kennedy waren alle Präsidenten protestantischen Glaubens.

John Edwards ist elf Jahre jünger als Lieberman. Der Strafverteidiger ist relativ neu im politischen Geschäft; 1998 gewann er seinen Senatsitz für North Carolina. Anfangs von seinen Konkurrenten nicht für voll genommen, gilt Edwards nun dank seines von Anwaltskollegen gut gefüllten Wahlkampfkontos als Potentat. Strategisch muss Edwards sich bald positionieren. Auch sein Senatsmandat steht 2004 zur Neuwahl, und in North Carolina ist es nicht möglich, gleichzeitig für Senatsitz und Präsidentschaft zu kandidieren. Beobachter glauben, dass Edwards seinen (fast) sicheren Sitz im Senat nicht riskieren wird. Es gehe ihm vielmehr darum, sich für die Wahl im Jahr 2008 warmzulaufen.

Politisch ist Dick Gephardt, 62, ein alter, sehr moderater Hase. Er hat den *Democratic Leadership Council* gegründet und saß ihm vor. Seit 1976 lebt er als Abgeordneter für Missouri in Washington. Vorher noch diente er als Stadtrat in St. Louis. 1988 hat er sich schon einmal für die Präsidentschaft beworben. Doch trotz großer Überraschungserfolge in den wichtigen Vorwahlen von Iowa und New Hampshire musste er aufgeben. Im Gegensatz zu Michael Dukakis und Al Gore ging ihm das Geld aus.

Der Arzt Howard Dean, 54, ist besonders populär bei Kriegsgegnern und der jungen Generation. Ähnlich wie Al Sharpton attackiert er Bushs Sicherheitspolitik. Dean gilt manchem als Ralph Nader II. Wie viele Politiker in Vermont mobilisiert auch Dean mit linksliberalen, populistischen Themen. Gerade hat er sich allerdings für die Todesstrafe ausgesprochen – was ihn viele Anhänger kosten dürfte. Und jetzt, da der Krieg zuende ist, bricht Dean sein wichtigstes Thema weg.

Mit 66 Jahren ist Senator Bob Graham der älteste Bewerber. Bevor er Politiker wurde, hatte er als „Häusle-Bauer“ ein Vermögen verdient. Er ist der Onkel von Donald Graham, dem Herausgeber der *Washington Post*. In seinem Heimatstaat Florida ist Graham beliebt und berühmt. Als Senator in Washington hingegen ist er nur selten aufgefallen.

Carol Mosley Braun, 56, frühere Senatorin (1992-1998) und Botschafterin (1999-2002), gilt ebenso wie Al Sharpton als Außenseiterin. Es wird gemunkelt, dass sich einflussreiche Demokraten wie Hillary Clinton für ihre Kandidatur eingesetzt haben. Im Wettbewerb um die Stimmen der Afro-Amerikaner soll sie Hochwürden Sharpton die Show stehlen. Sharpton ist der redegewandteste der Kandidaten. Er kommt an, wenn er

Klinken putzt – vor allem bei politikverdrossenen Demokraten. Doch weder Sharpton noch Mosley Braun können mit großzügigen Spendenschecks rechnen.

Während politische Strategen mit Blick auf den Kalender analysieren, wer wann (aus Geldmangel) aufgeben wird, spielen weitere Demokraten mit dem Gedanken, ins Rennen einzutreten – etwa Joseph Biden, Senator aus Delaware, und General Wesley Clark. Beide haben sich Heimatschutz und Verteidigung auf die noch unsichtbaren Kampagnenlisten geschrieben.

Der Wahlkalender

Der eigentliche Wahlkalender steht noch nicht fest. Bislang streiten sich Iowa, Michigan, Washington, DC und New Hampshire darum, wer Anfang 2004 die ersten Vorwahlen ausrichtet. Denn, so der Glaube, die ersten werden die ersten sein. Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass gutes Abschneiden in Iowa und New Hampshire schon fast die Nominierung bedeutet. Bislang sieht der strategische Wahlkalender so aus: Wie 1988 muss Gephardt zuerst in Iowa, Missouris Nachbarstaat, gut abscheiden. In New Hampshire, dem winzigen Staat im Nordosten, muss Kerry einen „Heimsieg“ erringen. Allerdings sind Demokraten in beiden Staaten sehr liberal geprägt – weshalb Kriegsgegner Dean sich gerade hier Siegchancen ausrechnet, wenn denn der „Krieg“ tatsächlich ein wichtiges Thema bleibt.

Anschließend stehen South Carolina und Arizona auf dem Kalender. Im Süden müssen sich Graham und Edwards beweisen. Ohne Achtungserfolge (2. oder 3. Platz) in Iowa und New Hampshire wird ihnen der Heimvorteil aber wenig nützen. In Arizona geht es um den ersten fairen Kampf zwischen allen Kandidaten – hier gibt es keine Heimvorteile. Ähnlich wie Bill Clinton 1992 scheint sich Lieberman besonders auf Arizona zu konzentrieren. Danach geht es um Florida, wo Graham eine starke Basis hat. Spätestens Ende März dürfte das Bewerberfeld geschrumpft sein. Dann konzentrieren sich auch die Spendengelder nur noch auf die potenziellen Kandidaten. Beobachter prophezeien daher: Je schneller die Bewerberzahl sinkt, desto größer die Chance, Bush zu besiegen.